



Man muss sich das einmal vorstellen: Ein Rechtsstaat, der seine Gefängnisse so füllt, dass sie überlaufen wie schlecht gewartete Abwasserkanäle – und sich dann darüber wundert, dass es stinkt. Frankreich, das Land der Menschenrechte, hat ein Problem, das so alt ist wie seine republikanische Selbstvergewisserung: Es predigt Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und stapelt derweil Menschen in Zellen, die für wesentlich weniger gedacht waren.

Im Centre pénitentiaire d'Aix-Luynes, und nicht nur dort, wird sichtbar, was passiert, wenn ein Staat seine Straflust nicht mehr im Griff hat und dabei seine Kapazitäten aus dem Auge verliert. Zu viele Gefangene, zu wenig Platz, zu wenig Personal – aber immer noch genug Selbstzufriedenheit, um das Ganze „Justizsystem“ zu nennen. Man könnte auch sagen: Es ist ein System, das seine eigenen Maßstäbe nicht mehr ernst nimmt.

Denn was bedeutet es eigentlich, wenn ein Staat Menschen einsperrt – und ihnen dann nicht einmal den Raum zugesteht, der für ein Mindestmaß an Würde notwendig ist? Es bedeutet: Dieser Staat verletzt bewusst die Rechte derer, die er seiner Obhut anvertraut hat. Das ist kein Kollateralschaden. Das ist System.

Natürlich kann man jetzt sagen: Gefängnisse sind keine Wellnesshotels. Das stimmt. Aber sie sind auch keine rechtsfreien Räume. Wer Freiheit entzieht, übernimmt Verantwortung. Und zwar nicht nur für die Sicherheit der Gesellschaft, sondern auch für die körperliche und seelische Unversehrtheit der Gefangenen. Das steht nicht irgendwo im Kleingedruckten – das ist Kernbestand eines jeden Rechtsstaats.

Doch offenbar gilt hier eine merkwürdige Logik: Je voller die Gefängnisse, desto leerer die rechtsstaatlichen Prinzipien. Überbelegung wird zur Normalität erklärt, als wäre sie eine Naturkatastrophe und nicht das Ergebnis politischer Entscheidungen. Man baut zu wenig Haftplätze, verurteilt zu schnell, sperrt zu viele ein – und nennt das dann konsequente Strafverfolgung. Man könnte auch sagen: Es ist konsequentes Wegsehen.

Die Gewerkschaft UFAP-UNSa Justice protestiert, die Wärter sind am Limit, die Gefangenen sowieso. Und die Politik? Reagiert mit dem, was sie am besten kann: Symbolpolitik. Ein bisschen mehr Ausrüstung hier, ein paar Versprechen dort – und ansonsten die stille Hoffnung, dass sich das Problem irgendwie von selbst erledigt. Vielleicht durch Resozialisierung? Oder durch Resignation?

Es ist eine seltsame Form von Staatsversagen, die sich hier zeigt. Kein spektakulärer Zusammenbruch, kein dramatischer Knall – sondern ein langsames, zähes Erodieren von Prinzipien. Die Menschenwürde, so heißt es im Grundsatz, ist unantastbar. In der Praxis scheint sie jedoch erstaunlich dehnbar zu sein – jedenfalls dann, wenn es um Gefangene



geht.

Dabei wäre gerade hier die Bewährungsprobe des Rechtsstaats. Nicht im Umgang mit den Angepassten, den Gesetzestreuen, den Privilegierten. Sondern im Umgang mit denen, die am Rand stehen - oder schon dahinter. Wer dort die Maßstäbe senkt, senkt sie für alle.

Frankreich ist mit diesem Problem nicht allein. Viele europäische Länder kämpfen mit überfüllten Gefängnissen. Aber das macht es nicht besser. Es macht es nur bequemer, sich nicht entscheiden zu müssen. Zwischen Sicherheit und Menschenwürde. Zwischen Strafbedürfnis und Rechtsstaatlichkeit. Zwischen dem, was möglich ist - und dem, was geboten wäre.

Am Ende bleibt eine unbequeme Frage: Was sagt es über ein Land, wenn es Menschen einsperrt, ohne ihnen den Raum zu geben, Mensch zu bleiben?

Vielleicht dies: Dass es sich selbst nicht mehr ganz ernst nimmt.

Ein Kommentar von Christine Macha